

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nach dem Anzeigergesetz
und für Anzeigen die Postämter
enthalten. — Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis 12. — Nr. 52.

Veröffentlichungen des Reichsministeriums
für den öffentlichen Verkehr und
Postwesen. — Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis 12. — Nr. 52.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 136

Sonntag, den 12. Juni 1932

27. Jahrgang

Kanzler von Bapen über den neuen Kurs

Rede im Landwirtschaftsrat

Berlin, 11. Juni. Reichskanzler v. Bapen nahm heute in der Vorkonferenz des Landwirtschaftsrates das Wort und erklärte, daß er Wert darauf lege, zu betonen, daß die Bildung der neuen Regierung mit einem üblichen Regierungswechsel nichts zu tun habe, sondern sie sei hinnehmbar als die Dokumentierung einer grundsätzlichen Richtungsänderung in der Staatsführung, selbstverständlich im Rahmen der Verfassung. Die unerhörte geistige und wirtschaftliche Lage, betonte der Kanzler, verlangt gebieterisch die Lösung der Regierungsführung von den Fesseln parteipolitischen Denkens und parteipolitischer Doktrinen und verlangt die Zusammenfassung aller Kräfte zum Zwecke der Wiedergeburt Deutschlands. Die Lage, die die jetzige Regierung vor sich hat, ist nicht verschuldet worden durch die Regierung Brüning, die versucht hat, eine klare Bilanz zu finden und herbeizuführen. Die Lage ist aber auf allen Gebieten fast verzweifelt. Die private Wirtschaft jeder Art ist in einem Maße gesunken, dessen Furchtbarkeit noch nicht im Entferntesten erkannt worden ist.

Der Kanzler kam dann auf die wichtigsten Probleme zu sprechen, die zu lösen sind und erklärte, daß das Ziel dieser Regierung die Wiedererlangung der inneren und äußeren Freiheit und die Schaffung gesunder Lebensmög-

lichkeiten für Volk und Land sei. Dazu sei notwendig eine neue, einheitliche Willensausbildung der Nation und es sei zu erwarten, daß der neue Reichstag eine Mehrheit auf der Grundlage nationalen, christlichen und sozialen Willens in den Dienst der Verwirklichung dieser Ziele stellen werde. An der Lösung der grundlegenden Probleme müßten alle Volksteile zugleich unter schwersten persönlichen Opfern und Entbehrungen herangehen. Der Kanzler wandte sich dann auch gegen den Vorwurf der unsozialen Einstellung, der der neuen Regierung gemacht werde und erklärte, daß bei der Größe und dem Umfang der Notlage des deutschen Volkes die Verpflichtung zu sozialer Hilfe eine ernste Pflicht sei und daß die Regierung alle ihre Kraft anwenden werde, um die notwendigen sozialen Einrichtungen über die Krise hinwegzubringen. Durch einen organischen Umbau der Wirtschaft wolle man die Fehler des kapitalistischen Systems ausmerzen und wieder Arbeit und Brot schaffen.

Zum Schluß seiner Rede wies der Kanzler hin auf die Bedeutung der Landwirtschaft und einer gesunden Agrarpolitik bei sorgfältiger Berücksichtigung der Interessen aller anderen Stände für die wirtschaftliche und geistige Erneuerung der Nation.

Rede um einen Erfolg für die angekündigte Hitler-Rede handelt, konnte im Braunen Haus noch nicht befristet werden.

Hitler wird voraussichtlich erst kurz vor der Reichstagswahl, also etwa am 29. oder 30. Juni, sprechen.

Wahlvorbereitungen der Deutschnationalen

Berlin, 10. Juni. Am Freitag beschäftigte sich der Parteivorstand der DNVP, dem auch die Wahlkreisvorstände angehören, den ganzen Tag über mit der Vorbereitung des Wahlkampfes und mit der Aufstellung der Wahlvorschläge. In den Abendstunden gab dann der Parteiführer Hugenberg noch einen Bericht über die politische Lage. Die Aussprache dauerte bis in die Nachtstunden hinein.

Der Schritt der süddeutschen Ministerpräsidenten

München, 10. Juni. Die Münchener Neuesten Nachrichten schreiben, es sei ein nicht alltäglicher Vorgang, daß die Ministerpräsidenten mehrerer Länder gemeinsam einen Empfang beim Reichspräsidenten nachsuchten. Man muß daraus schließen, sagt das Blatt, daß besonders ernste Sorgen sie dazu bewegen haben. Es läßt sich natürlich ungenau erraten, daß Fragen, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern betreffen, in der ersten Unterredung mit dem Reichspräsidenten erörtert werden sollen, und die süddeutschen Ministerpräsidenten das Bedürfnis fühlen, die Stellungnahme ihrer Länder in diesen Problemen darzulegen. Die Art und Weise, wie der neue Reichskanzler in die preussische Frage eingegriffen hat, und die gleichzeitig wieder aufgetauchten Erörterungen über die eventuelle Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen wurden im Süden nicht ohne Beunruhigung verfolgt.

Die Reichswahlleitung für die Reichstagswahlen

Berlin, 10. Juni. Der Reichsinnenminister hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Reichsamte, Geheimen Regierungsrat Weisinger, ernannt. Für den Fall der Behinderung des Reichswahlleiters und seines Stellvertreters wird das Mitglied des Statistischen Reichsamtes, Oberregierungsrat Dr. Gulch, mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194, Fernruf: Berlin-Bismarck 7313. Telegrammadresse: Reichswahlleiter Berlin W 15.

Frankreich unterzeichnet das Schuldenstundungsabkommen

Washington, 11. Juni. Der französische Botschafter und der amerikanische Schatzsekretär unterzeichneten, wie Havas meldet, gestern das Abkommen auf Grund dessen die durch das Hoover-Memorandum gestundete Kriegsschuldenannuität ab 1. Juli 1933 innerhalb von zehn Jahren zu zahlen ist und zwar mit einem Zinsfuß von vier Prozent.

Luftmanöver in Lothringen

Paris, 10. Juni. Wie Havas aus Bar-le-Duc berichtet, werden ähnlich wie im vorigen Jahr in der Gegend von Straßburg-Manch in diesem Jahr, und zwar im August, Manöver der aktiven und passiven Abwehr von Luftangriffen in der Gegend von Metz—Verdun—Reims stattfinden. In der Nacht vom 26. zum 27. August nimmt auch die Bevölkerung an den Abwehrmanövern dadurch teil, daß in dieser Nacht alle Lichter gelöscht werden müssen.

Der Fremdenverkehr nach dem Ausland

Berlin, 10. Juni. Reichspost- und Reichsverkehrsminister Freilich von Ey-Rübenach empfing am Freitagabend die Mitglieder des österreichischen Fremdenverkehrsrates und des Deutschen Hauptauschusses für Fremdenverkehr. Er betonte, daß ihm als langjähriger Präsidenten der Reichsbahnverwaltung die Fragen des Fremdenverkehrs gut bekannt seien. Der Fremdenverkehr habe für weite Kreise des Wirtschaftslebens beträchtliche Wirkung. Der Minister brachte seine Freude zum Ausdruck, daß die Reichsbahn in letzter Zeit durch großzügige Maßnahmen daran gegangen sei, verbilligte Großpäckchen zu schaffen. Er sei kein Freund davon, den Auslandsverkehr zu droffen. Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten

Aktion zur bürgerlichen Sammlung

Bestrebungen zur Zusammenfassung des Bürgertums im Gange

Berlin, 10. Juni. In Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit Bestrebungen, die den Zweck haben, für die kommenden Reichstagswahlen eine Neugruppierung der mittleren Rechten und der Mitte herbeizuführen. Sie gehen auf das Bedürfnis zurück, dem großen Heer der politisch Heimatslosen, das durch den Zerfall der kleineren Parteien entstanden ist, neue Möglichkeiten zu schaffen. Diese Notwendigkeit glaubt man um so mehr gegeben, als wie s. B. die Nationalliberale Korrespondenz heute schreibt, die praktische Entscheidung bei den Reichstagswahlen in dem politischen Raum zwischen Zentrum und Nationalsozialisten fallen kann. Es wird da weiter von der Schaffung einer selbständigen großen politischen Gruppe gesprochen, die die bisherigen Aufgaben bürgerlicher Politik weiterzuführen hat. An anderer Stelle der Korrespondenz werden auch Überlegungen darüber gemacht, daß zwischen einzelnen Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtungen bereits Besprechungen stattgefunden haben, deren Ziel eine solche Neuordnung und Zusammenfassung ist. In der Tat laufen mehrere Bestrebungen solcher Art nebeneinander her. Die bedeutendste liegt zweifellos in den Vorbereitungen, die von einer Reihe führender politischer Persönlichkeiten der rechten Mitte verfolgt werden. Dabei handelt es sich aber nicht um eine einfache Zusammenlegung aller Organisationen und auch nicht um ein nur taktisches Zusammengehen. Vielmehr ist das Ziel der Beteiligten, gewissermaßen von innen heraus etwas Neues zu schaffen, und zwar auf der Basis nationaler und bürgerlicher Weltanschauung. Zunächst sind die Besprechungen noch nicht abgeschlossen. Von den Beteiligten wird deshalb auch noch Zurückhaltung geübt. Unter diesen Umständen läßt sich auch noch nicht übersehen, welche Bedeutung und welche Aussichten den Bemühungen zugemessen sind. Man hofft offenbar, im Laufe der nächsten Woche zu einer Klärung zu gelangen.

Berlin, 11. Juni. Wie die „D. N. Z.“ berichtet, haben die Führer des Zentrums und der Staatspartei für den Fall, daß keine Einigung der Mittelparteien außerhalb des Zentrums zustande kommt, die Vorbereitungen für ein lockeres Zusammengehen im Wahlkampf getroffen, das insbesondere in der Aufnahme von staatsparteilichen Politikern in die Reichsliste des Zentrums bestehen soll.

Der Parteiführer der Volkspartei zur Lage

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Rechtsanwalt Dr. Dingeldey, gibt der Telegraphen-Union auf verschiedene Anfragen folgende Auskunft:

Die Gerüchte, der Parteiführer der Deutschen Volkspartei sei ausgeschlossen, die Deutsche Volkspartei preisgegeben, sind durchaus tendenziös. Ich habe vielmehr seit Monaten bei der ungeheuer schweren politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lage des gesamten Bürgertums den festen Willen bekundet, meinerseits

unter Zurückstellung aller persönlichen oder parteipolitischen Gesichtspunkte das äußerste zu versuchen, um für den Entschliddungsform des nationalen Bürgertums Deutschlands einheitlich ins Feld stellen zu können. Die schnell gekommene Reichstagswahl zwingt dazu, mit allen Kräften den Versuch noch einmal und zwar mit aller Beschleunigung aufzunehmen, um eine einheitliche national bürgerliche Front herzustellen. Für dieses Ziel, wenn es wirklich erreicht werden sollte, würde ich selbstverständlich, so wie das von den anderen Seiten verlangt werden müßte, auf ein Sondergelingen und eine Sonderpolitik der Deutschen Volkspartei im Reichstags-Wahlkampf verzichten, vielmehr die ganze Kraft der Deutschen Volkspartei in den Dienst einer geschlossenen Zusammenfassung stellen. Von solchen äußeren Forderungen und wahlrechtlichen Abmachungen halte ich nichts. Das Volk muß vielmehr fühlen, daß Führer und Parteien bereit sind, mit neuer innerer Einstellung und ganzem Kampfwillen in geschlossener Einheit für die Geltung des Bürgertums und für den Gedanken der Volksgemeinschaft zu kämpfen. Millionen von Deutschen warten sehnsüchtig auf das erlösende Wort, das ihnen zeigt, daß Führer und Parteien die Stunde erkannt haben. Verhandlungen zur Erreichung dieses Zieles sind von vielen Seiten und verschiedenen Organisationen aus im Gange. Eine große Anzahl namhafter Persönlichkeiten aus dem geistigen Leben, der Politik und der Wirtschaft in allen ihren Gruppen, legen sich dafür ein. Die Entscheidung muß spätestens im Laufe der nächsten Woche fallen.

Die Entschlüsse der Deutschen Volkspartei über ihr Verhalten hängen völlig davon ab, ob das Ziel eines einheitlichen Vorgehens des nationalen Bürgertums erreicht wird. Sobald darüber Klarheit besteht, werden die berufenen Organe der Deutschen Volkspartei ihre endgültigen Beschlüsse für den Wahlkampf fassen.

Notverordnung am Dienstag

Berlin, 10. Juni. Wie wir erfahren, hat heute keine Kabinettsitzung, sondern nur eine Redaktionskonferenz der zuständigen Ressorts über die Formulierung der Notverordnung stattgefunden. Auch morgen wird wohl kein Raum für eine Kabinettsitzung sein, weil der Sonnabend durch die Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder und die Einzelbesprechungen ausgefüllt ist. Die der Reichskanzler im Laufe des Nachmittags mit einer Reihe der deutschen Ministerpräsidenten haben wird. Demnach ist damit zu rechnen, daß das Kabinett die Notverordnung am Montag endgültig fertiggestellt, jedoch die Bekanntgabe am Dienstagsmorgen erfolgen kann.

Am Dienstagabend reist die deutsche Delegation nach Lausanne ab. In Begleitung des Kanzlers werden noch Ministerialrat Vogel und Legationsrat Thomson von der Reichskanzlei mitfahren. Von der Presseabteilung wird Ministerialdirektor von Kaufmann und Geheimrat Ragenberger an der Konferenz teilnehmen.

Gregor Straffer spricht am 14. Juni im Rundfunk

München, 10. Juni. Wie die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ meldet, wird am kommenden Dienstag, dem 14. Juni, Gregor Straffer von 19 Uhr bis 19.30 Uhr im Rundfunk über das Thema „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“ sprechen. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen. Ob es sich bei dieser